Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 169. Sonntag den 17. Juni 1888. 82. Jahrgang.

Die Gesammtlage nach dem Tode Kaiser Friedrich's.

Europa hat die Nachricht vom Tode Kaiser Friedrich's mit denselben Kundgebungen der Trauer und Verehrung für den verblichenen Fürsten entgegengenommen, wie sie beim Ableben Kaiser Wilhelm's I. hervorgetreten sind; selbst Frankreich ist nicht hinter den übrigen Mächten zurückgeblieben, außer dem Präsidenten Carnot haben auch die Minister dem deutschen Botschafter ihre Theilnahme an dem schmerzlichen Ereigniß ausgedrückt. Ueberall, wohin sich die Blicke wenden, begegnet man nur Zeichen der Betrübniß und des Mitgefühls, die nationalen Gegensätze verlieren so tragischem Ausgange einer glänzenden Laufbahn gegenüber ihre Kraft, die Völker Europas ehren die Trauer Deutschlands durch ihr Mitgefühl. Unser treuer Verbündeter, Oesterreich-Ungarn, verkündet durch das halbamtliche „Fremdenblatt", daß die Bevölkerung des Doppelreiches von dem mächtigen Eindruck des Trauerfalles tief ergriffen sei, spricht aber zugleich die Ueberzeugung aus, daß das deutsche Reich unter seinem neuen thatkräftigen Regenten, welcher mit dem österreichischen Herrscherhause durch die Bande inniger Herzensfreundschaft verknüpft sei, Deutschlands Friedenssendung weiter fortführen werde. Das italienische Parlament hat seine Sitzungen drei Tage ausgesetzt, und die englische Regierung beabsichtigt, eine Adresse an die britische Krone und an die deutsche Kaiserin im Unterhause zu beantragen, welche den tiefen Kummer des Hauses über das Unglück der deutschen Kaiserfamilie kundgiebt. Kaiser Wilhelm II. hat sogleich nach dem Ableben seines erlauchten Vaters an den Prinzregenten von Bayern die telegraphische Mittheilung des Ereignisses ergehen lassen und dadurch das Beispiel Kaiser Friedrich's befolgt, welcher das Gleiche beim Tode Kaiser Wilhelm's that. Aus allen Meldungen, welche aus dem deutschen Reiche seit dem Eintritt des erschütternden Ereignisses vorliegen, ist zu entnehmen, daß die Sachlage dieselbe ist wie beim Tode Kaiser Wilhelm's, überall die nämliche Trauer und die gleiche Zuversicht, daß sich Alles in dem alten bewährten Gleise fortbewegen wird. Das deutsche Reich ist so fest begründet, daß es auch zwei so schwere Schicksalsschläge, wie es am 9. März und am 15. Juni erlitten hat, ohne jede Erschütterung und ohne Schaden für die Zukunft überdauern wird.

Das Königreich Preußen befand sich beim Tode Kaiser Friedrich's in einer Art von Krisis, welche durch den Rücktritt des Ministers v. Puttkamer ihren vorläufigen Abschluß gefunden hat. Man befürchtete, daß diese Bewegung weiter greifen und noch andere einflußreiche Personen von ihren Posten abberufen werde. Diese Bewegung ist jetzt abgeschlossen. Charakteristisch für das Verhältniß, in welchem Kaiser Friedrich unmittelbar vor seinem Tode zum Fürsten Bismarck stand, ist, was ein Berichterstatter der „Post" meldet. Als Fürst Bismarck vom Kaiser Abschied genommen hatte, ergriff er die Hand der Kaiserin und legte sie in die des Fürsten. Der Gewährsmann der „Post" deutet diese Handlung des Sterbenden in dem Sinne, daß er die Zukunft seiner Gemahlin der Fürsorge des Reichskanzlers anheim gegeben habe, sie läßt aber auch die Deutung zu, daß er den Wunsch voller Uebereinstimmung zwischen der Kaiserin und dem Reichskanzler für die Zukunft ausdrücken wollte, und diese Erklärung scheint dem Verhältniß beider Personen zu einander besser zu entsprechen. Unzweifelhaft besteht vollkommenes Einverständniß zwischen dem Reichskanzler und Kaiser Wilhelm II. über die Ziele der Reichspolitik und über die in Preußen einzuschlagenden Wege; dafür bietet der von uns gestern an dieser Stelle erwähnte Trinkspruch des nunmehrigen Kaisers den sichersten Anhaltspunct. Die weitere Entwickelung der inneren Verhältnisse des Einzelstaates Preußen wird sich hiernach ohne Schwanken nach den bisher befolgten Grundsätzen vollziehen und hinfort kaum noch Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten in Regierungskreisen darbieten.

Für das übrige Deutschland kommt in erster Linie in Betracht, daß die auswärtige Politik keine Aenderung erleidet. Die Lage hat augenblicklich nicht den Anschein, als ob sie in absehbarer Zeit einen acuten Charakter annehmen könnte, die Entwickelung hat ein ruhigeres Zeitmaß eingehalten als seit geraumer Zeit, es sieht sogar danach aus, als ob die neulich vom Berliner Correspondenten des „Pester Lloyd" gemachten Andeutungen durch die Thatsachen ihre Bestätigung finden sollten. Graf Kalnoky erwähnte in der letzten Sitzung des Ausschusses der ungarischen Delegation für die auswärtigen Angelegenheiten Rußlands mit keinem Worte und suchte auch den letzten Rest der Verstimmung zu beseitigen, welcher nach der Rede Tisza's im ungarischen Unterhause über die Betheiligung Ungarns an der Pariser Ausstellung etwa noch verblieben war.

Andererseits konnte Graf Kalnoky bei Darlegung der auswärtigen Lage nicht verschweigen, daß die Quelle für gewisse Besorgnisse bezüglich der Entwickelung der Zukunft nicht allein in den Zuständen auf der Balkanhalbinsel, sondern in der allgemeinen europäischen Lage zu suchen sei, in den Machtverhältnissen der einzelnen Staaten, in den tiefgehenden Divergenzen nicht so sehr der Cabinete als der Bevölkerungen, in dem Gegensätzen darüber, was zu zerstören und was zu erhalten sei, und in den Fluctuationen von Ansichten und Gefühlen, welche sich zeitweilig glätten, aber auch plötzlich zur Sturmfluth anwachsen können.

Bei solchen Befürchtungen, die ja in der Hauptsache nicht auf die nächste, sondern auf eine fernere Zukunft gerichtet sind, ist der Werth einer festen zielbewußten Politik Deutschlands nicht hoch genug anzuschlagen, und diese wird verbürgt durch feststehende Thatsachen, welche von der öffentlichen Meinung Europas als solche gewürdigt werden. Deutschland steht trotz des Todes zweier Kaiser, welcher innerhalb dreier Monate erfolgt ist, fest und sicher gefügt gegen alle Stürme, die es umtoben, ein Fels im Meer. Das kommt daher, weil der Reichsorganismus gesund ist, weil er auf dem einmüthigen Zusammenwirken aller Theile beruht. Fürst und Volk in Deutschland sind mit der Leitung der Reichspolitik, wie sie bisher gehandhabt worden ist, einverstanden, und sie wissen, daß darin keine Aenderung eintreten wird und kann. Die öffentliche Meinung in Europa hat niemals daran gezweifelt, daß kein Personenwechsel in der Leitung der auswärtigen Politik des deutschen Reiches jemals einen Umschwung herbeiführen kann in dem Sinne, daß die bewährten Grundsätze der Friedenspolitik einem Streben nach kriegerischem Ruhm weichen könnten. Das deutsche Volk befindet sich in voller Uebereinstimmung mit den Fürsten und den Freien Städten des Reiches darüber, daß alle Kräfte der Nation zur Erhaltung des Friedens angespannt werden müssen. Der Staatsmann, welcher diese Politik des Friedens eingeleitet und mit Erfolg seit 17 Jahren durchgeführt hat, steht noch heute an der Spitze der Reichsregierung, und diese Thatsache dient unter so schwierigen Verhältnissen, wie sie heute bestehen, Vielen zur Beruhigung, aber diese Politik ist dem deutschen Volk so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie auch die Richtschnur bleiben wird, wenn dereinst Fürst Bismarck seine Geschicke nicht mehr leitet. *

Leipzig, 17. Juni 1888.

* Welchen Namen der neue Kaiser und König von Preußen annehmen wird, ist zwar noch nicht amtlich festgestellt, aber es gilt für zweifellos, daß er seinen Namen Wilhelm beibehalten wird, zumal es der seines unvergeßlichen Großvaters ist, dessen Lieblingsenkel er stets gewesen und der ein unbegrenztes Vertrauen in ihn setzte. Bekanntlich war Kaiser Wilhelm I. ein ganz seltener Menschenkenner, wie er Zeit seines Lebens bewiesen hat, und so mag die erwähnte Thatsache eine neue Gewähr dafür sein, daß Preußen und Deutschland unter dem jugendlichen Herrscher, dem heute die Geschicke des mächtigsten Staates und Reiches zugefallen sind, sicherer Zeit entgegengehen. Von den Anschauungen des neuen Kaisers und Königs weiß man, wie die „Kölnische Zeitung" aus Berlin meldet, mit Bestimmtheit so viel, daß er an den von seinem Großvater geschlossenen, von seinem Vater hochgehaltenen und gefestigten Friedens- und Schutzbündnissen unverbrüchlich festhalten wird. Dem Fürsten Bismarck bringt der neue Herrscher dasselbe Vertrauen und man darf wohl sagen dieselbe Freundschaft entgegen, wie Kaiser Wilhelm I. bis an sein Lebensende es unentwegt gethan hat. Dabei dürfen wir uns und darf sich die ganze friedliebende Welt mit uns beruhigen. In unterrichteten Kreisen gilt der Erlaß einer Proclamation des neuen Herrschers bei seinem Regierungsantritt und zwar noch vor der Beisetzung seines edlen Vaters für beschlossen, in welcher namentlich betont werden wird, daß die auswärtige Politik Deutschlands in demselben Geiste geführt werden solle, wie unter den Kaisern Wilhelm I. und Friedrich III., daß sie bemüht sein werde, jeden Zwist zu vermeiden und ihre vornehmste Sorge auf die Erhaltung der bestehenden Verträge richten werde. — Ueber die Besetzung der Hofämter unter dem neuen König verlautet noch nicht viel Zuverlässiges. Man meint, Herr v. Liebenau, der Hofmarschall des bisherigen Kronprinzen, werde Oberhofmarschall des Königs werden, Fürst Radolin, der Hofmarschall des Königs Friedrich III., dürfte einstweilen in den Ruhestand treten und voraussichtlich den nächsten freiwerdenden Botschafterposten erhalten.

* In der am 14. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers Staatssecretairs des Innern von Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde beschlossen, der Commission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs außer der Ausarbeitung des Entwurfs eines Einführungsgesetzes die Ausarbeitung von Entwürfen einer Grundbuchordnung, eines Gesetzes über die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen und, soweit hierzu der Commission bis zu dem von dem Vorsitzenden derselben in Aussicht genommenen Termin (31. März 1889) Zeit verbleibt, auch die Ausarbeitung von Vorschriften zu übertragen, welche zur einheitlichen Durchführung der Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuchs für das Verfahren in den Angelegenheiten der nichtstreitigen Rechtspflege erforderlich sind. Die Zustimmung wurde ertheilt: dem Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes über die Nationalität der Kauffahrteischiffe und ihre Befugniß zur Führung der Bundesflagge, einem Nachtrag zur internationalen Nordseefischerei-Convention, dem Entwurf einer Schiffsvermessungs-Ordnung, einem Antrage Bremens, betreffend die Abänderung der Statuten der Bremer Bank, und dem Gesuche des Vorstandes eines in der Gründung begriffenen Bauervereins auf Actien wegen Zulassung der Ausgabe von Actien auf Namen zu dem Nominalbetrage von 200 ℳ. — Die beantragte Inkraftsetzung des Gesetzes über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen für das Gebiet des Fürstenthums Schwarzburg-Sondershausen genehmigte die Versammlung. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen: der fünfte und sechste Bericht der Stellungscommission für den Zollanschluß Hamburgs, der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Gewährung von Beihilfen aus Anlaß des ihnen verursachten Schadens durch Schwarzwild, und der Antrag Hamburgs, betreffend die Kosten der Hamburgischen Zollverwaltung. Endlich wurde beschlossen, daß im Hamburg-Altonaer Freihafengebiete für die Zeit bis zum Zollanschluß desselben eine Lagerung zollländischen Getreides unter Zollverschluß mit der Wirkung der zollfreien Wiedereinlassung derselben in das Zollgebiet unter den vom königlich preußischen Finanzminister festzusetzenden Controlen auch an anderen Stellen als in der Zollvereinsniederlage an der Steinsdanze in Hamburg solle stattfinden dürfen.

* Wie der „Kreuz-Zeitung" aus Westpreußen gemeldet wird, hat die Regierung die Absicht, die dort durch die Ueberschwemmung gänzlich geschädigten Besitzer kleinerer Grundstücke in der Provinz Posen anzusiedeln.

* * *

* Aus Pest, 14. Juni, wird über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses der ungarischen Delegation des Weiteren gemeldet:

Der Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, führt fort: Die Fragen über Bulgarien seien bei der politischen Situation im Großen nur ein relativ wichtiger Factor; für Oesterreich-Ungarn jedoch entschieden wichtiger, als für die meisten europäischen Mächte. „Wenn an die Monarchie große Besorgnisse für die friedliche Entwickelung der Zukunft herantreten, so sei deren Quelle nicht allein in den Zuständen der Balkanhalbinsel zu suchen, sondern in der allgemeinen europäischen Lage, in den Machtverhältnissen der einzelnen Staaten, in den tiefgehenden Divergenzen nicht so sehr der Cabinete als der Bevölkerung, in den Gegensätzen darüber, was zu erhalten und zu zerstören sei, und in den Fluctuationen von Ansichten und Gefühlen, die sich zeitweilig glätten, aber auch plötzlich zur Sturmflath anwachsen können. Diese Verhältnisse müssen neben den Phasen der Orientfrage immer im Auge behalten werden; wenn constatirt worden sei, daß in den letzten Monaten eine wesentliche Veränderung der politischen Lage sich nicht ergeben habe, so habe sich dies auch auf diese allgemeine politische Lage bezogen. Es sei vielleicht jetzt eine Phase relativer und bedeutender Beruhigung im Vergleiche zu der Lage bei Beginn des Jahres. Er wolle keineswegs diese Ruhe fortscheuchen und die Hoffnung schwächen, daß es gelingen könne, die Friedensaussicht für die Zukunft auf eine mehr gesicherte Basis zu stellen. Andererseits aber sei es seine Pflicht, darauf hinzuweisen, wie es ebenfalls möglich sei, daß diese Unsicherheit, unter welcher man seit Jahren zu leiden habe, eine längere Dauer behalte. Diese Erkenntniß habe eben nothwendig gemacht, daß die Staaten, welche zur Sicherung ihrer Machtstellung und des Friedens gezwungen waren, ihre Wehrkräfte zu verstärken, sich nicht darauf beschränken können, unter dem jeweiligen Drucke eines momentanen Alarms vorübergehende Sicherheitsmaßregeln zu ergreifen, sondern bedacht sein müssen, auch organisch ihre Kräfte zu stärken und zu vervollkommnen, um ruhig jeder Eventualität, — und auch einer unerwarteten, — entgegentreten zu können. Ein solcher Zustand sei aber noch immer besser als der Krieg. Die im Berichte des Ausschusses angeregte Erwähnung des Bundesvertrages mit Deutschland acceptire er mit größter Befriedigung und Dankbarkeit; es bestehe wohl für Niemand Zweifel darüber, daß die Allianz Oesterreich-Ungarns mit Deutschland von allen Völkern der Monarchie als Gewähr des Friedens, als einer der mächtigsten und segensreichsten politischen Acte der letzten Zeit anerkannt werde. Es sei wohl kaum früher geschehen, daß ein als gesetzes abgeschlossener Staatsact, der auf diese Weise in die Oeffentlichkeit gebracht sei, mit so allseitiger Billigung begrüßt wurde. Dies sei zugleich ein vollgiltiger Beweis der vollen Ehrlichkeit und Lauterkeit des Bündnisses, sowie dafür, daß es auf die wichtige Basis der Erhaltung des Friedens und der Staatswohlfahrt beider Theile gestellt sei.

Der Minister stimmt Carnotovy vollkommen zu, welcher auf die Wichtigkeit des Bündnisses mit Italien als eines Complements zu dem Bündnisse mit Deutschland hingewiesen habe. Gerade für Oesterreich-Ungarn, welches Interessen nach Süden, Osten, nach dem Mittelländischen Meer und nach dem Oriente, also parallel mit Italien wahrzunehmen habe, sei dieses Freundschaftsverhältniß von großer Bedeutung, abgesehen davon, daß dasselbe ein Verhältniß der Sympathie und Gemeinsamkeit mit einem Nachbarstaate herstellte, welches nicht nur beiderseits vollkommene Sicherheit, sondern auch ein Einstehen für gleiche Ziele und Interessen in sich schließe. Der Minister spricht die Genugthuung über den mit Italien abgeschlossenen Handelsvertrag aus, der gewiß auch beitragen werde, die Freundschaft beider Staaten zu erhöhen. Besonderes Verdienst an diesem Erfolge gebühre dem Ministerpräsidenten Crispi, der mit großer Energie und erleuchtetem Verständniß die Richtung der italienischen Politik zu erfassen und zu belieben gewußt habe. Der Minister schließt der Bemerkung bei, daß die Interessen der Monarchie in der Orientfrage mit denen der Balkanvölker identisch seien, daß möchte er sie dadurch ergänzen, daß diese Interessen zugleich europäische seien, was für die Stellung Oesterreich-Ungarns in dieser Richtung eine wesentliche Stärkung bedeute. Die Ziele der Orientpolitik Oesterreich-Ungarns seien dieselben wie jene der meisten europäischen Cabinete; dieselben wurden in England, welches hierbei wesentlich in Betracht komme, und dessen politische Richtung mit der von der österreichisch-ungarischen Regierung bezeichneten vollkommen übereinstimme, mit großer Sympathie aufgenommen. Nachdem der Minister hierauf noch auf specielle Fragen einzelner Delegirten über die Orientbahnen und Errichtung eines zwischen Salonichi und Uesküb gelegenen Consulates geantwortet hatte, beschließt der Ausschuß einstimmig, dem Minister des Auswärtigen die Anerkennung und Zustimmung auszusprechen.

* Die conservativen Mitglieder des bulgarischen Ministeriums Stoilow und Natschewitsch haben der „Times" zufolge ihre Entlassung eingereicht, weil sie über die Verurtheilung Popow's anders denken als Stambulow; Prinz Ferdinand hat das Entlassungsgesuch nicht angenommen, und darauf haben auch Stambulow und seine liberalen Genossen ihr Entlassungsgesuch eingereicht, welches jedoch ebensowenig angenommen wurde. Der Prinz sucht die Streitenden durch eine Abänderung des Urtheils zu versöhnen. Der Prinz suchte sich bekanntlich, um sich von Stambulow unabhängig zu machen, einen festen Anhang in der Armee zu schaffen und stellte sich deshalb mit dem begabten und verdienstvollen Major Popow, der früher ein leidenschaftlicher Anhänger des Fürsten Alexander war, auf sehr vertrauten Fuß. Stambulow durchschaute das Spiel und beschloß, Popow dadurch zu vernichten, daß er ihm einen Unterschleifsproceß anhängte, was im Orient bei einigem guten Willen so ziemlich bei jedem Menschen möglich ist. Popow hat seit der Zeit, da er vom Prinzen in auffälliger Weise ausgezeichnet wurde, auch in der Armee viele Neider; da er jedoch zweifellos einer der anständigsten und unbestechlichsten Bulgaren ist, welche es überhaupt giebt, so